

Bei der derzeit von den Atomenergiebefürwortern initiierten Diskussion über eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken wird der wichtigste Aspekt bewusst vernachlässigt: die Sicherheit. Bei keinem Prozess der Energieumwandlung besteht eine solche Gefahr für das Leben und die Gesundheit einer großen Zahl von Menschen wie bei der Nutzung der Atomenergie.

Atomenergie – die gefährlichste aller Energiequellen

Reaktorsicherheit - Unfallgefahr

- Mit der Aussage, die alten Atomkraftwerke seien genauso sicher wie die neuen, führen die Betreiber die Öffentlichkeit hinters Licht. Alte AKW sind allein aus Gründen der Baukonstruktion und trotz der erfolgten Nachrüstungen nie so sicher wie neuere (Kastenform statt Kuppelform, unterschiedliche Wanddichten der Reaktordruckbehälter etc.).
- Die Reaktoren wurden für eine Laufzeit von 25 nicht von 40 oder 60 Jahren konzipiert.
- Studien belegen, dass das Risiko eines Reaktorunfalls ab einer Betriebsdauer von 20 Jahren deutlich steigt. Dies ist u.a. auf Korrosion und Materialermüdung zurückzuführen.
- Der Neubau von AKW ist seit 2002 verboten. Aber schon 1994 wäre keines der laufenden deutschen AKW genehmigungsfähig gewesen: Es galten nur solche Reaktoren als genehmigungsfähig, deren Unfallfolgen sich auf das Innere des Reaktors beschränken lassen. Atomkraftwerke, die so sicher sind, wie es die ehemaligen Umweltminister der CDU damals definiert haben, sind bis heute technisch noch nicht möglich.
- Die Betreiber verzögern (z.B. in Brunsbüttel) Sicherheitsuntersuchungen, da sie sehr wohl wissen, dass sicherheitstechnische Nachrüstungen nötig sind. Bei einem baldigen Abschalten lohnen sich für die Betreiber Investitionen in die Sicherheit aber nicht. Wirtschaftlicher Gewinn der Unternehmen geht also vor Sicherheitsgewinn für die Bevölkerung.
- Die Zahl der Wissenschaftler und Mitarbeiter in AKW bzw. Energieversorgungsunternehmen im Bereich AKW-Sicherheit ist seit den 70er Jahren stark gesunken. Es werden immer häufiger unzureichend ausgebildete Zeitarbeiter beschäftigt.
- Bei längerer Laufzeit schleichen sich Routinenachlässigkeiten ein. Menschliche Nachlässigkeiten beim Betrieb von AKW können aber schlimmste Folgen haben.
- Statistisch gesehen gibt es jeden zweiten Tag einen „meldepflichtigen Vorfall“ in einem deutschen AKW. Allein 2004 gab es in deutschen Kernkraftwerken 154 solcher Vorfälle.
- Der Zugang zu Kernkraftwerken wird unabhängigen Gutachtern nicht gewährt. Obwohl die Bevölkerung ein Recht auf Transparenz bei Sicherheitsbelangen von AKW hat, werden Sicherheitsfragen von den Betreibern als Geschäftsgeheimnis deklariert. Warum verhindern die Betreiber den Zugang, wenn sie der Überzeugung sind, dass ihre AKW sicher seien?
- Auch in anderen westlichen Ländern, in denen behauptet wird, man habe die sicherste Technologie der Welt, und deren Kernkraftwerke mit den deutschen vergleichbar sind, treten erhebliche Störfälle auf:
 - Zeitweise lief 2007 in Großbritannien nur ein AKW einwandfrei. Alle anderen waren abgestellt oder liefen mit reduzierter Leistung.
 - Forsmark in Schweden: Der Beinahe-GAU kann nicht mit der maroden Technik östlicher Kraftwerke erklärt werden.

Folgen eines Super-GAU

- Bei einem Super-GAU sprengt das Ausmaß der Zerstörungen und Folgen jeden Vergleich. Der Unterschied zu anderen Lebensrisiken besteht darin, dass eine Atomkatastrophe mit dem großen Knall nicht zu Ende ist. Zudem macht Strahlung nicht an Grenzen halt.
- Tschernobyl dokumentiert, welche Folgen ein Super-GAU hat:
 - In der Ukraine leiden noch immer 2,4 Mio. Menschen an den Folgeschäden.
 - 40 Prozent der Wälder dort sind verseucht.
 - Die Zahl der Todesopfer ist bis heute umstritten. Genannt werden zwischen 4.000 (Internationalen Atomenergie-Organisation) bis hin zu 100.000 Todesopfern (Organisation Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg).
 - Krebserkrankungen bei Kindern sind in den Gebieten massiv gestiegen.
 - Der volkswirtschaftliche Schaden beträgt mehrere hundert Milliarden US-Dollar.
- Der Unfall in Tschernobyl verlief nur deshalb so „glimpflich“, weil das AKW in einem dünn besiedelten Gebiet liegt. Ein Super-GAU im dicht besiedelten Deutschland/Europa hätte noch sehr viel tragischere menschliche Folgen. Große Teile des Landes wären nicht mehr bewohnbar. Zudem wäre der volkswirtschaftliche Schaden unermesslich.

Gefahr eines Terrorangriffs

- Nach Ansicht des Innenministeriums hat sich die Wahrscheinlichkeit eines Flugzeugabsturzes auf ein AKW deutlich erhöht. Man kann seit dem 11. September nicht mehr – wie in den 70ern und 80ern - von einem zu vernachlässigenden Restrisiko sprechen.
- Eine Studie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) kommt zu dem Ergebnis, dass keines der deutschen AKW hundertprozentigen Schutz vor Terrorangriffen bietet. Zehn Atomkraftwerke würden bei einem Kamikazeangriff schwere Schäden bis zu einer Kernschmelze davontragen. Auch bei den sieben moderneren Druckwasserreaktoren, deren Betonhüllen dem Flugzeugaufprall wahrscheinlich standhalten würden, wären die Folgen im Inneren der Anlage durch die Erschütterungen nicht absehbar.
- Die Betreiber haben bisher kein schlüssiges Sicherheitskonzept gegen Terrorangriffe aus der Luft vorgelegt. Auch die Vernebelung der Anlagen ist nicht ausreichend, da sie nur für kurze Zeit möglich ist und mit moderner Navigationstechnik (GPS etc.) unterlaufen werden kann. Das Bundesverfassungsgesetz hat zudem den Abschuss von entführten Verkehrsflugzeugen untersagt.

Gefahr für den Weltfrieden / Proliferation

- Die friedliche Nutzung der Atomenergie schafft eine für militärische Zwecke nutzbare Infrastruktur (siehe Indien, Pakistan, Nordkorea). Es ist kaum zu beurteilen, welcher Staat langfristig verantwortlich mit der Hochrisikotechnologie umgeht. Man kann nicht anderen Staaten die Atomenergienutzung verbieten, wenn man sie selbst vorantreibt.
- Wollte man mit Atomenergie einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, müsste man mehrere tausend AKW bauen, davon etliche in Ländern, die definitiv als unsicher gelten. Zudem stiege durch die Menge an kursierendem nuklearem Material das Missbrauchsrisiko.
- Allein 2005 sind 103 Fälle von illegalem Handel mit atomarem Material dokumentiert.